

INFORMATIONEN für Purkersdorf



Umwidmung Sanatorium:



**positive
Lösung durch
Bausperre
möglich**

Vor Aus der Zweiklassenmedizin für Kinder in Purkersdorf

**Wir waren
beim Minister!**

*Kassenkinderärztin:
nun schon
3 Möglichkeiten*



Udo Kickl-Leitner – nein danke!



Nach Bruch der SP-VP-Koalition in der Gemeinde:

Nach den Argumenten der Macht jetzt die Macht der Argumente!

Es rumpelt in der **Bundesregierung**, es rumpelt sehr mit der neuen **NÖ-Landesregierung**, global vertiefen sich die **Klimakrise und Teuerung**. Und nun rumpelt es auch gehörig im Purkersdorfer Gemeinderat. War ich bis vor kurzem eine Zielschreibe negativer Energie einiger Hardliner, werden diese Energien nun zwischen früheren Koalitionen ausgetauscht. – Doch wie bekannt sind Krisen auch **Chancen**. Bis vor kurzem wurden fast alle Entscheidungen in Vorbesprechungen der Koalition gefällt – und diese Entscheidungen dann fast immer trotz aller Gegenargumente durchgezogen. Seit dem **abrupten Ende der Koalition** von SPÖ und ÖVP in Purkersdorf kann es nun anders werden. Es ist zu hoffen, dass nach den oft blinden Argumenten der Macht jetzt die Macht der Argumente kommt.

Wir haben die sehr positive Nachricht schon gebracht: **Eine Kassen-Kinderarzt-Ordination in Purkersdorf ist auf gutem Weg!** Für weniger begüterte junge Eltern ist das eine Frohbotschaft. Ich habe schon im Juni 2022 einen konkret realisierbaren Vorschlag auf den Tisch gelegt. Dieser wurde allerdings von der Ärztekammer bis dato nicht genehmigt. Wir müssen nun leider schon seit 4 Monaten warten, bis sich der im Dezember 2022 von Ärztekammer und Kassa favorisierte Vorschlag entscheidungsreif ist. Wir haben jetzt aber sogar schon **drei konkrete Möglichkeiten**. Eine davon wird mit großer Wahrscheinlichkeit demnächst verwirklicht.

Das Projekt, bei dem ich nicht locker lasse und das ich in dieser Zeitung angesichts der allgemeinen **Teuerung** einfach **nochmals vorschlage**, ist die **Senkung der Müllgebühren**. Denn warum sollten wir gerade in der jetzigen Teuerungswelle in Purkersdorf 30 bis 110 % mehr bezahlen als die Nachbargemeinden beim **Abfallverband Tulln**? Ich bin **daher für einen Beitritt zu diesem Verband**. Da allerdings von Seiten des Gemeinderats wenig Bereitschaft besteht, darauf einzugehen, wird wahrscheinlich nur eine gemeinsame **Unterschriftensammlung** das Interesse wecken. Wer macht mit?

Und wenn Sie unsere Dokumentation zur aktuellen Entwicklung beim **Sanatorium** und dessen Vorgeschichte lesen, dann können sie erahnen, warum die Pflegeplätze im Sanatorium besonders teuer sind – weil hier nämlich so viele mitgeschnitten haben und mitschneiden.

Mit besten Wünschen für Ostern und das Frühjahr

Stadtrat Josef Baum



Telefon: 0664 1142298

E-Mail persönlich: baum.josef@gmx.at

E-Mail Gruppe:

team@baummitlinks.at

Website persönlich: www.josefbaum.at/

Website Gruppe: baummitlinks.at/

Facebook persönlich:

www.facebook.com/baum.josef

Facebook Gruppe:

www.facebook.com/BAUMmitLINKS

Stadttaxi für Zeitkarteninhaber jetzt gratis

Leider musste bis auf weiteres der Dienst des Stadttaxis am Samstag-Vormittag eingestellt werden. Auf Betreiben des VOR wurden allerdings die Preise gesenkt, und das Stadttaxi ist für ZeitkarteninhaberInnen (Wochen-, Monatskarte usw.) jetzt gratis.

02231 / 63 601-100

BETRIEBSZEITEN (ausgenommen Feiertage):

MO – FR 08:30 – 00:15

SAMSTAG 19:00 – 00:30

Erwachsene **€ 1,90 (gesenkt)**

Erwachsene (mit Öffi-Zeit-Karte) **€ 0,00 (Neu!)**

Kinder, Jugendliche (von 6 bis 16 Jahre) **€ 1,00**



Deutliche Senkung der Müllgebühren durch Beitritt zum Tullner Abfallverband möglich

Die Gemeinde Purkersdorf verrechnet den Haushalten im Schnitt um ein Drittel bis 100 % höhere Müllgebühren als Nachbargemeinden. Ein Beitritt zum Müllverband Tulln, bei dem z. B. Tullnerbach oder Pressbaum sind, kann gerade bei den jetzigen Preiserhöhungen im Interesse der BürgerInnen liegen.

Jährliche Müllkosten: Vergleich Purkersdorf – Abfallverband Tulln

(inkl. Ust – Abfallwirtschaftsabgaben und -gebühren, Sept. 22, Homepage GVA Region Tulln)

2 typische Beispiele:

Fall a Einfamilienhaus:

Mit: 120 l Restmüllbehälter – Abfuhr 13x/Jahr + 120 l Biomüllbehälter + 240 l Papiertonne

Purkersdorf: 283 € (171+112)

Abfallverband Tulln: 218 €

Purkersdorfer BürgerInnen zahlen in diesem Fall **um 30 % mehr** als in Gemeinden des Abfallverbands Tulln.

Fall b Haus mit mehreren Parteien:

Mit: 1100 l Restmüllbehälter und 14tägiger Abfuhr + 2 x 220 l Biomüllbehältern + 1100 l Papiertonne

Purkersdorf: 3573,5 € (3127+ 2x223)

Abfallverband Tulln: 1697,6 €

Purkersdorfer BürgerInnen zahlen in diesem Fall **um 110 % mehr** als in Gemeinden des Abfallverbands Tulln. Allerdings besteht noch folgender Unterschied: Generell entsorgt der Abfallverband Tulln die Biotonne in 14-Tagesabständen (Purkersdorf – 10-Tagesabstand).

Zusammen könnten wir das ändern

Ich habe meine Vorschläge in der Gemeinde schon vorgebracht, bis jetzt besteht allerdings von niemandem Bereitschaft, darauf einzugehen. Die Antwort ist simpel: die Gemeinde bräuchte diese Gewinne von ca. einer halben Million anderswo.

Wenn Sie auch der Meinung sind, dass hohe Mülltarife nicht sein müssen, schreiben Sie mir bitte. Wenn viele gemeinsam ihre Meinung -z. B. über eine Unterschriftenaktion- einbringen, dann könnte bald etwas weiter gehen. Wer möchte das (mit)initiieren?

J. B.



Diese Bäume beim Bahnhof Unterpurkersdorf sind auf der Abschussliste



Diese Bäume beim Bahnhof Unterpurkersdorf stehen auf der Abschussliste, weil ausgerechnet hier eine Zufahrt zu einem – völlig überdimensionierten – Park&Rideplatz geplant ist



Umwidmung beim Sanatorium: durch Bausperre positive Lösung statt BETONGOLD möglich

Seit unsere Zeitung vor 4 Monaten die weitgehenden Umwidmungspläne beim Sanatorium öffentlich gemacht hatte, entstand ein immer stärkerer Sturm auf mehreren Ebenen. Der Druck vieler hat nun einiges bewirkt. Spät, aber doch, drehte sich dann die ÖVP. Tatsächlich setzte der Bürgermeister im letzten Gemeinderat das Thema von der Tagesordnung ab. Nicht freiwillig – sondern aus vier Gründen:

- **131 Einwendungen** kamen dazu im Umwidmungsverfahren.
- Einige haben sich besonders engagiert, wie die **frühere Kultur-Stadträtin Ingrid Schlögl**
- **Auch auf Österreichebene und sogar auf internationaler Ebene** wurde Besorgnis geäußert
- Das **Land NÖ stellte Fragen, die bisher nicht beantwortet wurden oder werden konnten**

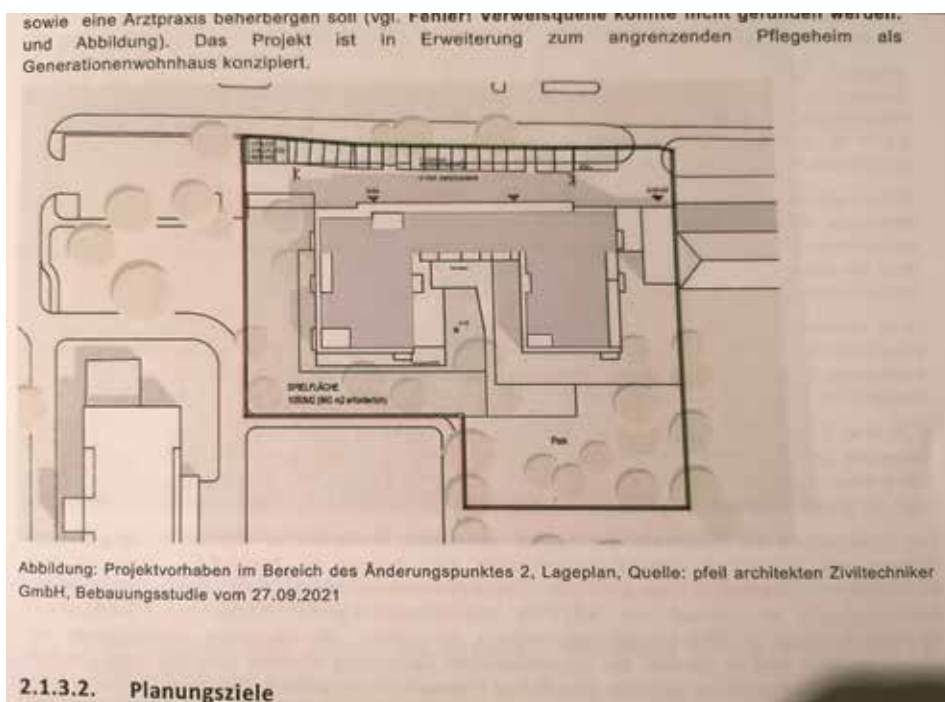
Der Weg ins Schlammassel

Die verzwickte Situation war dadurch entstanden, dass

- **SPÖ, ÖVP und Neos** im vorigen Jahr eine Umwidmung eines Grundstücks beim Sanatorium **von bisher „Bauland Sondergebiet“ mit der Nutzungsfestlegung „Pflegeheim Seniorenbetreuung“ auf profitträchtigeres „Bauland Wohngebiet“ (BW)** beantragten. Die Begründung war, dass die Bauherren

auch Raum für 2 Kindergartengruppen (nicht einen vollständigen Kindergarten) an die Gemeinde vermieten würden. Der Rest würde ein „Generationenhaus“. Das ist eine blumige, aber unverbindliche Bezeichnung, die letztlich vom Faktum sündteurer Betongold-Wohnungen ablenkt.

- Gleichzeitig initiierten sie, dass dort mit 4 oberirdischen Geschoßen (Bauklasse III) auf immerhin ca. 5.000 m² reiner Baufläche um ca. 20 % mehr gebaut hätte werden können als vorher.
- Obwohl noch nichts umgewidmet war, gab es schon ganz konkrete Pläne, von dem Planungsbüro angefertigt, das – über verwandtschaftliche Beziehungen ? – für Aufträge in Purkersdorf ein Abonnement zu haben scheint.
- Die von der Gemeindeführung für die Umwidmung beauftragten Planer hatten einen **gravierenden Fehler** bei den Unterlagen dazu gemacht. Sie hatten die Folgen für das Erscheinungsbild des Bau- bzw. Kulturdenkmals „Sanatorium Purkersdorf“ nur nebenbei behandelt. Hatten sie den Auftrag genau in diesem Sinn bekommen?
- Es wurde versprochen, den Entwurf für einen „Raumordnungsvertrag“, der die Versprechen zum geplanten Vorhaben festhalten würde, nachzureichen. Dieser ist bis heute nicht vorgelegt worden.
- Und dazu wurden wenige und oft widersprüchliche Erklärungen abgegeben. D.h. es herrschte (und herrscht) **große Intransparenz**.



Plan zur veränderten Verbauung, wie er voriges Jahr von drei Parteien für ein Projekt (Bild) eingebracht wurde: oben die Wienerstraße, links unten das bestehende Sanatorium. Das geplante neue Gebäude mit 41 teuren frei finanzierten Wohneinheiten wäre – wie zu sehen – massiver als das Sanatorium. Die Sicht auf das Sanatorium von der Wienerstraße her wäre – auch durch die verlängerte Lärmschutzwand – praktisch nur mehr minimal gegeben, und wir hätten statt der bisher vorgesehenen Pflegeeinheiten teure Wohnungen.

Bausperre als Weg aus dem Schlammassel seit Jänner klar

In diesem Schlammassel drohten durch die unprofessionelle Vorgangsweise mehrjährige Rechtsstreite. Die notwendige Vorgangsweise war spätestens seit Mitte Jänner vorgezeichnet. **Nur mehr eine BAUSPERRE in diesem Bereich** sichert jetzt durch Zeitgewinn eine sinnvolle und haltbare Lösung. Nur so ist Zeit, für eine komplexe Sache eine gute Lösung zu finden, die hält und möglichst viele Interessen unter einen Hut bringt. Eine Bausperre muss aber gut begründet und rechtlich einwandfrei sein. Ich habe diese Überlegung Mitte Jänner an den Bürgermeister herangetragen. Weil die Lage brenzlicher wurde, **fanden dazu ab Jänner auch Besprechungen statt.** Diese wurden auch von meiner Seite nicht öffentlich gemacht, weil behauptet wurde, der Bauwerber könne – wenn er „Wind“ davon bekäme – kurzfristig ein Projekt einreichen, wie es der derzeitigen Rechtslage entspricht. Allerdings brachte die Gemeindeführung letztlich bis heute nicht den Mut für eine **BAUSPERRE** auf.

Nach dem Rücktritt von Vizebürgermeister Kirnberger fand bei der ÖVP ein Umdenkprozess statt. Argumente sickerten. Andererseits wurden bis zum Schluss auch im Amtsblatt Durchhalteparolen verbreitet. Vorbesprochen war eine Sondersitzung nach Vorlage eines rechtlich einwandfreien Antrags für eine Bausperre. Letztlich beschloss nun der Gemeinderat in einer verworrenen Lage mehr oder weniger aus dem Stand auf Antrag der VP bis Ende April eine **BAUSPERRE** sowie eine „kooperative Planung“ zumindest **„prüfen“ zu lassen.** Ich bin jedenfalls der Meinung, dass die Planer, die schwere Fehler gemacht haben, nicht mehr dabei sein sollten, und die Gemeindeführung zu völliger Transparenz zu verpflichten ist.

Wie weiter?

Das Grundproblem besteht darin, dass für die Fläche rechtlich seit 1983 eine Verbauung möglich ist. Die Frage ist nun, wie und wie weit diese verringert werden kann. Dass ein Mäzen 4 Millionen in die Hand nimmt und den Grund kauft, damit die Sicht auf das Sanatorium bleibt, ist nicht sehr wahrscheinlich. Eine völlige Rückwidmung könnte zu Millionenforderungen der Eigentümer führen.

Faktum ist, dass die Umwidmung dort auf Bauland 1983 erfolgte, als der sonstige Sanatoriumspark noch unverbaut war. Es wurde offenbar bei den Umwidmungen der großen Parkflächen in den 90er Jahren weder von der Landesplanung noch vom Denkmalamt bedacht, dass damit die Verbauung des Sanatoriums von allen Seiten erfolgen würde. Das war leider die Phase, in der im Soge der neoliberalen Entfesselung



Die geplante BETONGOLD-Umwidmung beim Sanatorium von „Pfleger“ auf freifinanzierte Wohnungen und die Vergrößerung der Bebauung musste abgesetzt werden, u.a. weil das Land NÖ kritische Fragen stellte.

des Kapitals die Regelungen für den Denkmalschutz gelockert wurden. Die Verantwortung hierfür bzw. die Folgen davon zu klären und eben eine tragfähige Lösung mit einer minimalen Verbauung zu finden wird einige Zeit dauern.

Die Gemeindeführung möchte jedenfalls die Sache Sanatorium erst am 20.6. behandeln. **Ich habe dazu seit Jänner – aus den erwähnten Gründen nicht öffentlich – vorgebracht, so bald wie möglich eine Sondersitzung des Gemeinderats einzuberufen und so die Beschlüsse für eine BAUSPERRE im Bereich Sanatorium früher zu fassen.**

J. Baum



Sehr Sehenswert: LIVE TALK – Bauvorhaben Hoffmannpark

Zur Erinnerung, für alle, die das noch nicht gesehen haben:
<https://www.youtube.com/watch?v=LBUPtM4LRx4&list=PLfqw-lrQyrOQHdwhHPuGERGC4XqffZZbQX&index=39>

Keine Antworten auf meine Anfragen zum Sanatorium

Ich hatte schon im Vorfeld der GR-Sitzung vom 21.3. Fragen eingebracht. Damit sollte das Argument, dass man kurzfristig nicht antworten könne, nicht gegeben sein. Aber man konnte oder wollte in der Sitzung trotzdem keine Antworten geben:

Entgang Kommunalsteuer

Die Fragen, ob das Label „gemeinnützig“ beim Betreiber des Sanatoriums nur dazu dient, noch höhere Gewinne zu machen, indem seit 2017 keine Kommunalsteuer an die Gemeinde mehr abgeliefert worden ist; und ob eine grobe Schätzung des dadurch seither angefallenen Kommunalsteuereingangs seit 2017 bez. Betrieb Sanatorium von etwa 250 000 € von der Dimension her richtig ist, **WURDEN NICHT BEANTWORTET** bzw. es wurde eine Beantwortung für Juni in Aussicht gestellt.

Berücksichtigung Kulturdenkmal

Die Frage, wie auf ein Schreiben des Landes bezüglich des geplanten Baues geantwortet wurde. In diesem stand: „**Werden die Auswirkungen auf die strukturellen und kulturellen Gegebenheiten sowie das Orts- und Landschaftsbild in die Entscheidung einbezogen?**“ „**Es ist zu prüfen ob durch eine widmungskonforme Bebauung der prägende Charakter des Bau- bzw. Kulturdenkmals Sanatorium Purkersdorf oder sein Erscheinungsbild wesentlich beeinträchtigt wird.**“ **Ob darauf nun reagiert wurde oder wird, WURDE VOM BÜRGERMEISTER NICHT BEANTWORTET** bzw. wurde eine Beantwortung für Juni in Aussicht gestellt.

Zu den gravierenden Versäumnissen des Planungsbüros

DI Kautz, der frühere Leiter der örtlichen Raumplanung NÖ, stellte fest, dass in der Grundlagenerhebung zur im Vorjahr verabschiedeten Gesamt-

raumplanung für Purkersdorf und ebenfalls bei der jüngsten Einleitung der Umwidmung beim Sanatorium zentrale Mängel in der Grundlagenerhebung anzutreffen sind. Es wurde jeweils **nicht klar auf die Probleme mit dem „prägenden Charakter des Bau- bzw. Kulturdenkmals „Sanatorium Purkersdorf“ bzw. dessen Erscheinungsbild aufmerksam gemacht.“** **Ich fragte, wie auf diese schweren Mängel reagiert wird. Auch diese Frage WURDE NICHT BEANTWORTET** bzw. wurde eine Beantwortung für Juni in Aussicht gestellt.

Baumerhalt

Im Schreiben des Landes heißt es weiters: „Am Änderungsareal stocken eine Handvoll alter Bäume, die als Zuflucht- und Vermehrungsstätte gänzlich

geschützter Arten fungieren könnten (xylobionte Insektenarten, Fledermäuse, Vögel)“. Dies wäre grundsätzlich von rechtlicher Seite zu prüfen, weil in den Unterlagen die Artenschutzthematik nicht behandelt wird. Die Frage, wie auf die Kritik des Landes bez. **Baumerhalt** beim Sanatorium, reagiert wird, **WURDE NICHT BEANTWORTET** bzw. wurde eine Beantwortung für Juni in Aussicht gestellt.

Verkehr

Und es wird vom Land auch gefragt: „**Wurden die Verkehrsauswirkungen** abgeschätzt?“ Und das Land antwortet wieder mit Nein! Eine weitere Frage: „Abschätzung der Fahrten bzw. Frequenz im Bereich der Arztpraxis und Kindergarten. Bleibt die Verkehrsqualität im umgebenden Straßennetz im



Diese Bäume im Sanatoriumspark standen bzw. stehen auf der Abschussliste. Das Land NÖ fordert aber Aufklärung



Der Platz, der verbaut werden soll, ist mit einem riesigen Müllplatz und einem Parkplatz natürlich derzeit auch gerade kein Juwel.

Wesentlichen unbeeinträchtigt und für die jeweilige Straßenkategorie verhältnismäßig“. Und das Land antwortet mit „nicht dokumentiert“. Die Frage dazu **WURDE NICHT BEANTWORTET** bzw. wurde eine Beantwortung für Juni in Aussicht gestellt.

Späte Weiterleitung der Kritik des Landes NÖ

Die Frage, wieso das Schreiben des Landes zur Umwidmung beim Sanatorium einen Monat lang nicht an die Gemeinderäte

weitergeleitet wurden und erst kurz vor dem Gemeinderat bekannt wurden, **WURDE NICHT BEANTWORTET** bzw. wurde eine Beantwortung für Juni in Aussicht gestellt.

Existenz von Protokollen

Die Frage, ob es **schriftliche Protokolle von Gesprächen mit dem Bundesdenkmalamt gibt, WURDE NICHT BEANTWORTET** bzw. wurde eine Beantwortung für Juni in Aussicht gestellt.

J. B.

Über die internationale Bekanntheit und Bedeutung des Kulturdenkmal Sanatorium ist schon viel geschrieben worden. Das braucht hier nicht wiederholt zu werden. Und hier geht es auch nicht um die geschätzte Wohnqualität Hunderter in den neuen Wohnbauten des früheren Hofmannparks.



Wie Raub, Habgier, Spekulation und Überprofite zu immer höheren Wohnpreisen und Pflegegebühren im und ums Sanatorium führten

Es lohnt sich, die Hintergründe der Entwicklung um das Sanatorium und die treibenden Kräfte zu beleuchten. Wenn Sie die folgende Hintergründe zur aktuell eingeleiteten Umwidmung beim Sanatorium lesen, werden Sie jedenfalls eine Ahnung darüber bekommen, warum Pflegeplätze im Sanatorium besonders teuer sind – weil hier nämlich so viele mitgeschnitten haben und mitschneiden.

Im folgenden Schlaglichter zur neueren Geschichte des Sanatoriums ab 1938:

1938: „Arisierungs“-Raub

Eine honorige Purkersdorfer Familie eignete sich 1938 im Zuge der „Arisierung“ das Baujuwel samt 13 ha wertvoller Fläche an.

<https://www.purkersdorf-online.at/kultur/sanatorium/arisierung.php3>

1952: Windige „Rückstellung“- und Kauf

1952 wird „rückgestellt“. Uneinigkeit innerhalb der früheren Eigentümerfamilie ermöglicht einen für die „Ariseure“ günstigen „Vergleich“. Dieser wird von einem

Fortsetzung auf Seite 8

Teil der früheren Eigentümerfamilie viele Jahre lang angefochten, allerdings ergebnislos. 1953 kauft der Evangelische Verein für innere Mission das Gebäude und betreibt dort bis 1984 ein Krankenhaus und Pflegeheim.

Umwidmung 1982-84

1982-1984 erfolgt die Widmung des derzeit umstrittenen Abschnitts auf „Bauland-Sondergebiet – Altenheim-Krankenanstalt“. Im Hintergrund stehen Kaufinteressenten. Nicht ganz zufällig zeichnet das Büro Pfeil schon damals die Pläne für die Umwidmung. – Auch jetzt, 40 Jahre später, plant das Büro Pfeil den beabsichtigten neuen Großbau, für den eine Umwidmung notwendig ist.-

1992/93: Östlicher Sanatorium-Park wird zu „normalem“ Bauland



Aus „Informationen“ der Liste Baum 1992

Der deutsche Geschäftsmann Klaus tritt auf und kauft das Sanatorium – offenbar nach Zusagen auf Umwidmung. Die Liste Baum fordert „Licht ins Dunkel“, fragt „Wird Sanatorium das Goldgräberland?“ und leistet Widerstand gegen die absehbare Filetierung des bis dahin großen Parks.

Intransparenz

Es wird immer geheimnisvoller, Intransparenz herrscht schon damals unter Bürgermeister Schlögl vor.

Ob das vorgebliche Geschäftsmodell – Parkverkauf zur Sanierung des Sanatoriumgebäudes – wirklich so



Aus „Informationen“ der Liste Baum 1992

notwendig war, muss offen bleiben. Faktum ist, dass ursprünglich nur ein kleiner Teil verbaut hätte werden sollen. Die Liste Baum hält weiter gegen die Intransparenz.

1993: Filetierung absehbar – DI Liehr warnt (vergeblich)

Der langjährige frühere und spätere Baustadtrat Liehr meldet Bedenken an, und prophezeit den Weiterverkauf. Was auch tatsächlich später geschieht. Spekulant reiben sich die Hände.



aus „Informationen“ der Liste Baum 1992

1993: Ringen um ein Gesamtkonzept

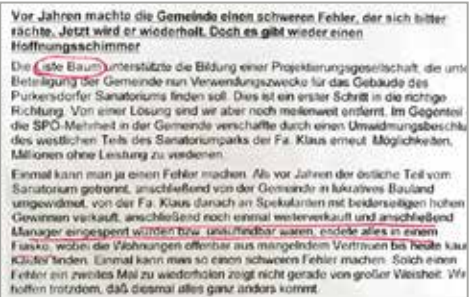


Aus „Informationen“ der Liste Baum Feb 93

Tatsächlich griff BGM Schlögl unsere Forderung nach einer Beiziehung von Experten für eine Gesamtplanung auf. Die Experten wurden aber im Wesentlichen nicht gehört.

1999: Auch westlicher Sanatorium-Park wird zu „normalem“ Bauland

Das Sanatorium war außen renoviert worden, wurde aber sonst kaum genutzt. Diverse Profiteure kamen auf den Geschmack und machten einer überforderten Bürgermeisterin die Fortsetzung des Parkverkaufs im westlichen Teil schmackhaft.



Purkersdorfer Informationen 1/99

Die Parzellierungen und (mehrmaligen) Weiterverkäufe brachten Spekulant auf den Plan, wobei es sogar zu Verhaftungen gekommen sein soll. Es wäre hier nun zu kompliziert, alle Transaktionen und beteiligten Firmen aufzuzählen. Faktum ist, dass letztlich die späteren wirklichen WohnungsnutzerInnen über Grundkosten die ganzen Spekulationsgewinne zahlen, meist bis heute.

00er Jahre – Herr Fischl tritt auf den Plan

In den 00er Jahren wird Harald Fischl der Oberchecke. Er ist steirischer Immobilienunternehmer sowie FPÖ- und BZÖ-Nationalrat mit guten Kontakten zum Purkersdorfer Bürgermeister. Den **Betrieb** des Sanatoriums (178 Betten) übernimmt

die **ROSMARIN**-Seniorenbetreuungsgesellschaft. Bestimmend dabei ist Harald Fischl, steirischer Immobilienunternehmer sowie FPÖ- und BZÖ-Nationalrat.

Mehr als ein Schönheitsfehler ist natürlich, dass die Altenpflege im Sanatorium nur WienerInnen vorbehalten ist; doch dafür ist die Bundesländer-Aufspaltung der Kassen

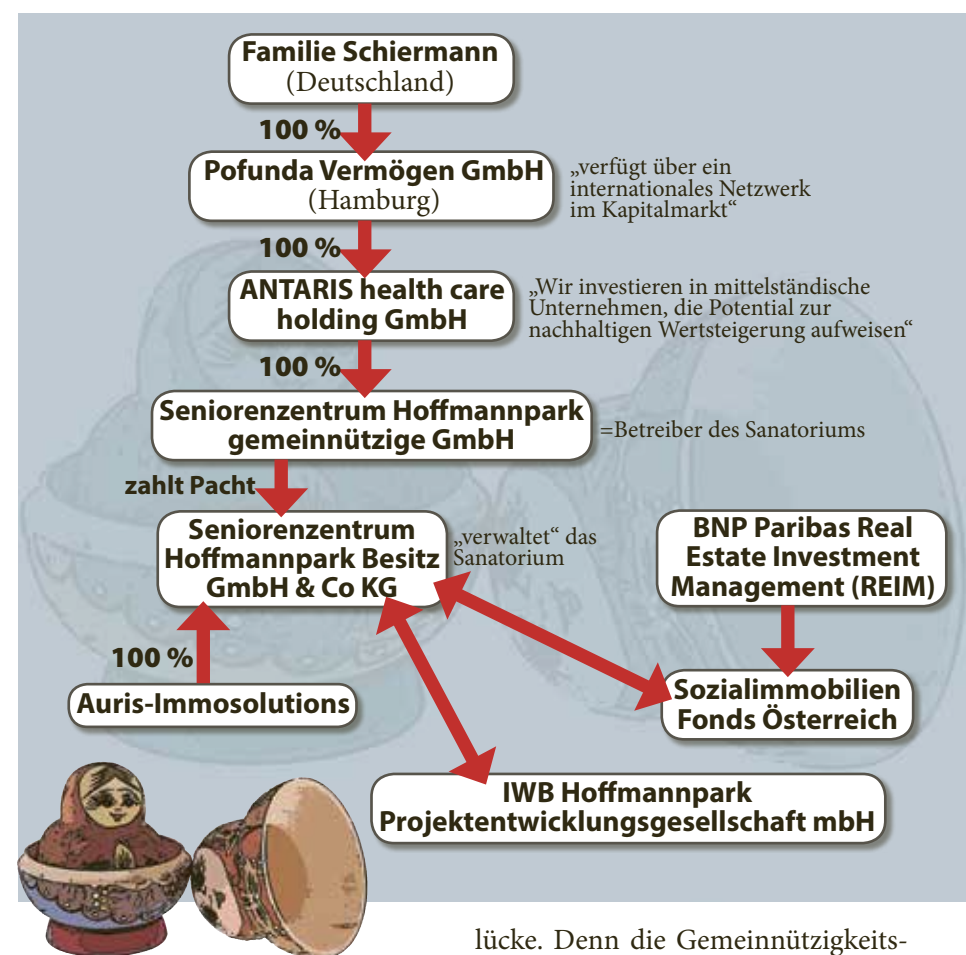
verantwortlich.

Den Betrieb übernimmt 2017 die deutsche **ANTARIS**-Gruppe. Die Immobilie wird 2017 von der **IM-MAC** erworben. Diese stellt damals für Anleger jährliche Ausschüttungen in Höhe von 7,4 Prozent der Einlage in Aussicht. 2019 wird die Immobilie an **Auris-Immosolutions** weiterverkauft.

Sanatoriumsbetreiber zahlen keine Kommunalsteuer mehr

Bis 2017 betrieb die **steirische „Rosmarin“** das Sanatorium. Diese hatte wie jeder andere Betrieb **Kommunalsteuer bezahlt**. Dann gab es eine für die Gemeinde folgenschwere Änderung: Der neue Betreiber bezeichnet sich als „**gemeinnützige** Gesellschaft m.b.H.“ und dürfte seither schlicht und ergreifend meinen, er müsse so keine Kommunalsteuer mehr abführen. Und offenbar gab die Gemeinde auch klein bei. Es dürfte auch von der Gemeinde keine Kommunalsteuer mehr eingefordert worden sein.

Zu den **Fakten**: An der konkreten Tätigkeit der neuen Betreiber änderte sich ja nichts. Warum mussten sie keine Steuer mehr an die Gemeinde zahlen? Zunächst **würde einem bei den üppigen Tarifen des „Seniorenzentrum Hoffmannpark“ nicht unbedingt der Begriff „Gemeinnützigkeit“ einfallen**. Kann es sein, dass sich die „Seniorenzentrum Hoffmannpark gemeinnützige Gesellschaft m.b.H.“ seit 2017 einfach deswegen „gemeinnützig“ nennt, um eben die Steuer nicht zu zahlen? Ist das aber auch gerechtfertigt? Wird da nicht „Gemeinnützigkeit“ praktisch ins Gegenteil verkehrt, weil eben durch Vermeidung der Kommunalsteuer der Öffentlichkeit zwecks Gewinnerhöhung Geld vorenthalten wird?



Eine Befreiung nach § 8 Kommunalsteuergesetz liegt bei „gemeinnützigen Zwecken auf dem Gebiet der ... Altenfürsorge“ vor. Also Altenfürsorge allein genügt nicht. – Im Prinzip müsste das Finanzamt die Gemeinnützigkeit prüfen. Sollte das bestätigt worden sein, dann liegt ein Fehler vor, oder zumindest eine Gesetzes-

lücke. Denn die Gemeinnützigkeitsausnahmen sind zu recht für Organisationen wie Rotes Kreuz oder Volkshilfe geschaffen worden, aber nicht für Tochterfirmen international agierendes Kapitals. Dass hier wirklich „Gemeinnützigkeit“ vorliegt, ist angesichts der Mutterfirma unwahrscheinlich:

Fortsetzung auf Seite 10

Vermindert Unübersichtlichkeit Steuer?

Die „Seniorenzentrum Hoffmannpark gemeinnützige Gesellschaft m.b.H.“ hat 178 Betten und ist 100%-Tochter der ANTARIS health care holding GmbH: „Die ANTARIS health care holding GmbH ist spezialisiert auf Beteiligungen im health care Sektor..... Pflegezentren, Wohnanlagen und Wohnstifte werden betrieben. Die Beteiligungen der ANTARIS fokussieren sich auf Betreiber in Deutschland und anderen europäischen Ländern“. Und: „Wir investieren in mittelständische Unternehmen, die Potential zur **nachhaltigen Wertsteigerung** aufweisen“, was nicht weniger heißt als **Profiterzielung**. Und man kann davon ausgehen, dass hier gewusst wird, wie man trotz oder gerade mit „Gemeinnützigkeit“ de facto hohe Profite (=„nachhaltige Werte“ im Investment-Slang) für die Mutterfirmen bringt.

Aber das ist noch nicht das Ende: **ANTARIS** „ist eine 100%ige Beteiligungsholding der familiengeführten Profunda Vermögen GmbH aus Hamburg“. Diese ist „auf das aktive Verwalten von mittelständischen Beteiligungen in ausgewählten Branchen

innerhalb Europas spezialisiert“ und „verfügt über ein internationales Netzwerk im Kapitalmarkt“, das wiederum nicht gemeinnützig ist. Die **Profunda Vermögen GmbH** ist wieder „im alleinigen Besitz der Familie Schiermann“. Irgendwie wird man dabei an Matroschkas erinnert.

BetonGOLD schon im Namen verpflichtet und...

Die Gesellschaft, die hier bauen will,

Der Eigentümer und Bauwerber vor dem Sanatorium heißt „Auris-Immosolutions“, auf Deutsch: „Immobilien-Lösungen, die zu Gold werden“ – ein wahrlich treffender Name

führend treffenderweise die Wörter Immobilien und Gold (letzteres auf lateinisch) im Namen. Im Sommer 2021 verkauft IMMAC das Sanatorium als „Immobilie“ an „Auris-Immosolutions“. Auris-Immosolutions hat laut homepage das Ziel, „nachhaltige Werte zu schaffen“, weniger blumig ausgedrückt: für die Eigentümer ordentlich

mit Beton den Reichtum zu vermehren. Der Name AURIS kann aus dem Lateinischen treffend mit „zu Gold“ oder „mit Gold“ übersetzt werden, und solutions sind „Lösungen“, also sagt der Name schon viel: **Immobilien-Lösungen, die zu Gold werden**. Man sieht, es geht um „Werte“ – zur höheren Ehre von Betongold.

...im Bund mit internationaler Großbank

Im Jänner 2020 brachte Immo Solutions das Sanatorium zusammen mit dem Grundstück mit der Umwidmung in einen „**Sozialimmobilien Fonds Österreich**“, der sicher nicht sozial ist, sondern mit sozialen Anliegen Profit machen will.

Dieser Fonds wird wiederum von **BNP Paribas Real Estate Investment Management (REIM)** verwaltet. Diese ist nun als internationale Investmentgesellschaft ein großer Fisch und hat 2022 laut Homepage 4,3 Milliarden Kapital neu „angelegt“. Die Leute von **BNP Paribas Real Estate Investment Management (REIM)** wissen **wahrscheinlich überhaupt nicht, wo Purkersdorf liegt, geschweige denn um den Weltkulturerbestatus des Sanatoriums. Und wenn, dann dürfte ihnen beides egal sein.**



Minister Kocher: Konsumenten sollen selbst Inflation dämpfen

Sehr originell brachte Minister Kocher einen ernstgemeinten Vorschlag zur Inflationsbekämpfung: Konsumenten sollen selbst Inflation dämpfen, indem sie in solche Lokale gehen und in solchen Geschäften kaufen, wo die Preise weniger erhöht werden.

Statt Sachpolitik: Ränkespiel um Posten auf Theaterniveau

Im letzten Newsletter schrieb ich, dass es in dieser Gemeinderatssitzung „durchaus **Überraschungen** geben könnte“. Und die gab es auch ordentlich:

Einen Tag vor der Sitzung wurde der Presse mitgeteilt, dass die SPÖ-Fraktion die Koalition mit der VP auf Gemeindeebene aufgekündigt hatte. Wobei die SPÖ-Fraktion nun eigenartigerweise sagt, dass es gar keine Koalition gegeben habe, sondern nur ein „Arbeitsübereinkommen“. Aber egal.

Es ging auch nicht um Sachpolitik, sondern um Posten, und zwar um den des **ersten** Vizebürgermeisters. Diesen hatte bisher Herr Kirnberger, VP, inne. Die VP nominierte nun einstimmig den bisherigen Stadtrat Oppitz dafür. Den wollte aber die SPÖ-Fraktion nicht. Interne Begründung: 1. Er habe seine Meinung zum Sanatoriumsbau-projekt geändert und öffentlich gemacht. 2. Er habe manchmal meine (!) Vorschläge nicht abgelehnt (offenbar ein schwerwiegender Vorwurf!).

Dann wollte die SPÖ-Fraktion freundlicherweise der VP zunächst ihre Personalentscheidung abnehmen bzw. diese korrigieren, und jemanden anderen aus der VP-Fraktion wählen. Nun bekam die SPÖ-Fraktion kurz vor dem Gemeinderat aber spitz, dass für diesen Fall diese gewählte Person nach der Wahl verzichtet hätte, und der Weg für Oppitz als ersten Vizebürgermeisters trotzdem frei gewesen wäre. Nun kam von der SPÖ-Fraktion eine beachtliche Volte: um 13:42 h, Stunden vor dem Gemeinderat, wurde verlautbart, dass der bis dahin **zweite** Vizebürgermeister Weinzinger auf sein Amt mit sofortiger Wirkung verzichte. Zunächst sah das nach dem Vollzug eines schon länger angekündigten Rückzugs aus. Doch dann wurde bekannt: Weinzingers Rückzug vom **zweiten** Vizebürgermeister erfolgte nur, um für den **ersten** Vizebürgermeister kandidieren zu können, um den früheren Partner Oppitz zu verhindern.



Viele ZuschauerInnen waren diesmal gekommen. Obwohl das üblicherweise alle zivilisierter werden lässt, war es diesmal durchaus ruppig. Ein erfreulicher Höhepunkt waren wieder die musikalischen Einlagen der BAHNHOF-FRAUEN vor Beginn

So kam es auch, und die Abstimmung ging 17 zu 14 für Weinzinger gegen Oppitz bei der Wahl für den **ersten** Vizebürgermeister aus. Bei der Wahl für den **zweiten** Vizebürgermeister erhielt Oppitz dann 16 Stimmen und wurde so gewählt.

Bei diesen Wahlen war das Verhalten der NEOS-Mandatäre unklar. Dies überrascht, weil Transparenz eigentlich ein NEOS-Grundsatz ist. Eine Erklärung dazu wäre wünschenswert.

Vor Mitternacht wollte der SPÖ-Fraktionsobmann noch in einem kompliziert vorgetragenen mündlichen Antrag handstreichartig die Kompetenz für Kindergarten von der Zuständigkeit bei Oppitz zum NEOS-Stadtrat übertragen. Ich habe wegen mangelnder Vorbereitung den Antrag auf Absetzung gestellt, und er wurde nach heftigster Diskussion zurückgezogen.

„Solche Sachen lassen sich nicht erfinden“, hieß es einst in einer ORF-Kabarett-Sendung.

Rauer Ton – erst ab jetzt?

Bisweilen wurde mit Befremden der manchmal raue Umgangston im letzten Gemeinderat kommentiert. Ich wundere mich, dass das erst jetzt aufgefallen ist. Ist dieser Ton wirklich neu? Oder ist nur neu, dass dieser Ton nun auch zwischen VP und SP Einzug gehalten hat?

Ich erinnere mich, dass mir etwa ganz besonders in der vorletzten Sitzung im November immer wieder groteske Diffamierungen an den Kopf geworfen wurden. Ich hätte deshalb klagen können- vielleicht wehre ich mich zu wenig. Jedenfalls habe ich eine solche Intensität noch nicht oft in meinem Leben erlebt. Einer der Wortführer war dabei der zurückgetretene Vizebürgermeister. Und was noch schlimmer ist- es hat von allen GemeinderätInnen NIEMAND gesagt, dass es so nicht geht.

Aber ich denke positiv, jetzt fällt das zumindest mehr auf.

J. B.

Weitere Ergebnisse der Gemeinderatssitzung

Der Bürgermeister hat seine Zusage mir gegenüber eingehalten, dass ZuschauerInnen NICHT mehr auf die Tribüne verbannt werden, von wo aus der Gemeinderat akustisch nur schwer mitzuverfolgen ist.

Der Rechnungsabschluss 2022 wurde beschlossen; ich enthielt mich. Die Tendenz zur

Schuldenverringerung ist deshalb markant, weil die letzten Jahre kaum investiert wurde, und jetzt große Investitionen anstehen. Die WIPUR hat leider noch immer Frankenkredite, die sehr nachteilig sind. Fast alles wird fortgeschrieben; es ist keine wirkliche Umorientierung zu Energieeffizienz zu sehen.

Erfolg: Antrag zu ehem. Provisorium Unterer Hauptplatz angenommen

Für das Provisorium am Unteren Hauptplatz, das früher schulisch und dann von Firmen genutzt wurde, wurde von Gemeinde und WIPUR eine Kündigung per 31.3. 23 und dann eine Abtragung und Wiederherstellung des früheren Zustands bis 30.6.23 vorgesehen. Insbesondere angesichts des absehbaren großen Bedarfs an Schulräumen und Kinderbetreuungseinrichtungen erscheint es aber zweckmäßig, kurzfristig eine Begutachtung und eine Kosten-Nutzen-Überlegung bezüglich Sanierungsmöglichkeit zu machen. Daher stellte ich diesbezüglich einen Antrag mit folgender Begründung:

- Derzeit gibt es kein Gutachten zum physischen Zustand des Provisoriums als letztliche Entscheidungsbasis.
- Es ist durchaus möglich, dass die **Kosten für Abtragung und Wiederherstellung des früheren Zustands nicht allzu stark zu Sanierungskosten differieren.**
- Der derzeitige **Mietvertrag** (WIPUR) mit einem langen Kündigungsverzicht des Vermieters ist an sich durchaus **günstig für die Gemeinde.**
- Die **zentrale Lage** des Objekts ist vorteilhaft.
- Angesichts des knappen Angebots an geeigneten Immobilien, langen Planungs- und Realisierungszeiten und nicht zuletzt finanzieller Möglichkeiten sollte ein Raumangebot wie das nämliche, nicht einfach aus der Hand gegeben werden, weil damit **kurzfristig in zentraler Lage um vergleichsweise wenig Geld Räume zur Verfügung stehen könnten.**
- Dazu kommt, dass damit **entsprechend der Unsicherheit in der demographischen Entwicklung für die nächsten Jahre problemloser flexibel** reagiert werden könnte.

Tatsächlich wurden Gespräche beschlossen, und es wird nun eine Überprüfung durchgeführt.

J. B.



Erfolg: Lösung für Durchgang Grillparzergasse und Deutschwaldstraße nun möglich

Die neue Widmung „Verkehrsfläche öffentlich“ (Vö) eines Streifens zwischen **Grillparzergasse und Deutschwaldstraße**, die ich über ein Gutachten forciert habe, wurde nun beschlossen. Das ist noch keine Lösung des Durchgangproblems, ermöglicht aber eine Lösung.

Aufgrund der von der Gemeindeführung versäumten Lösung wurden bekanntlich für einen BürgerInnen-Initiativantrag- 680 Unterschriften für einen solchen Durchgang gesammelt. Weiters wurden für die Deutschwaldstraße auch für Kinder mehr Verkehrssicherheit gefordert, und auch, dass die Zufahrt zur geplanten Wohnanlage auf dem früheren Sommer-Areal wieder auf kurzem Weg zur Deutschwaldstraße, und nicht über die Grillparzergasse, die eine verkehrsberuhigte Wohnstraße ist, möglich ist.

J. B.

News dazu:

- Die geplante Wohnanlage wurde trotz Ankündigungen nicht gestartet.
- Beschlossen wurde im letzten Gemeinderat, nun die Deutschwaldstraße im vorderen Teil zu sanieren – leider ohne einen Gehweg in Betracht zu ziehen
- Inzwischen liegt eine Planung für Mehrzweckstreifen für die Deutschwaldstraße vor

Erfolg: Umwidmung Tullnerbachstr. 52-58 von Betriebsgebiet auf Wohngebiet verschoben

Die geplante **Umwidmung Tullnerbachstraße 52-58 von Betriebsgebiet auf Wohngebiet – mit teuren freifinanzierten Wohnungen – wurde auf meinen Antrag hin letztlich zurückgestellt.** Immerhin waren auch um die 10 Einwendungen dazu gekommen, dass dieses Areal zwischen Bahn und Straße kein optimales Wohngebiet ist, und Purkersdorf praktisch keine anderen Grundstücke mehr für eventuelle Betriebsansiedlungen hat. J. B.



Auf Seite 12 in der letzten Zeitung rutschte in den Artikel „Betongold 2 – Die wünschen/wir widmen – Schon wieder einiges los bei der Flächenwidmung“ ein unrichtiges Bild. Im Folgenden das richtige Bild:

Hier, an der Tullnerbachstraße beim Totzersteig, kam der Wunsch einer Firma in den Gemeinderat, die Widmung „Betriebsgebiet“ in eine Wohnfläche umzuwandeln, obwohl diese Fläche zum Wohnen wenig geeignet ist, hier Betriebsgebiet passend ist, und bei eventuellen Ansiedlungswünschen in Purkersdorf kaum mehr Flächen verfügbar sind

Erfolg: Verlängerung der Mietenbremse in Gemeindewohnungen beschlossen – Geht es nicht ohne Ränke?

Ich hatte angekündigt, einen Antrag zur weiteren Aussetzung der Richtwert-Erhöhungen von Gemeindewohnungen ab April einzubringen. Nun teilte mir kurz vor der Gemeinderatssitzung Baustadtrat und Vizebürgermeister Weininger mit, dass das nicht notwendig sei, weil das im letzten Jahr schon beschlossen worden sei. Darauf brachte ich entgegen meiner Erinnerung in gutem Glauben **keinen** Antrag ein.

Beim Gemeinderat die Überraschung: Ein SP-Stadtrat bringt einen Dringlichkeitsantrag zur Aussetzung der Richtwert-Erhöhungen in Ge-

meindewohnungen ab April ein. – Sollte es mir nicht gegönnt sein, den Antrag zu stellen? Egal, Hauptsache, es war wieder Druck da, richtig zu handeln. – Es wiederholt sich das Vorjahr. Die erste Mieterhöhung wurde gegen meinen Widerstand durchgezogen. Die **SPÖ stimmte gegen den von mir eingebrachten Antrag der SPÖ- auf Bundesebene.** Nachdem ich Anträge zur Aussetzung der weiteren Mieterhöhungen eingebracht hatte, schwenkte die Purkersdorfer SP erfreulicherweise ein, und brachte selbst solche Anträge ein. J. B.



OSTERMARKT



Frage nach Aktivitäten des Ex-Kulturstadtrats bez. Sanatorium wird erst im Juni beantwortet



Ein Highlight der Marketing-Offensive des früheren Vize-BGM war der Pressetermin angesichts eines neu gestrichenen Hydranten. Foto: Bezirksblätter

Ich stellte wie angekündigt bei der Gemeinderatssitzung an den Bürgermeister folgende Frage: „Welche Aktivitäten des (früheren) Kulturstadtrat Kirnberger bezüglich maximal möglicher Erhaltung des **„prägenden Charakters des Bau- bzw. Kulturdenkmals ‚Sanatorium Purkersdorf‘ oder seines Erscheinungsbilds“** (Brief Land NÖ) können berichtet werden?“

Die Frage stellt sich auch, weil die frühere Kulturstadträtin Ingrid Schlögl in der Sache des mit Abstand wichtigsten kulturhistorischen Bauwerks in Purkersdorf sehr aktiv war“.

Leider stellte der Bürgermeister auch dazu fest, dass er erst im Juni antworten werde, obgleich ich auch ihm diese aktuelle Frage schon vorher übermittelt hatte, und er nicht überrascht sein konnte. Hoffentlich schlägt bis Juni nicht die Vergessenskurve zu.

Nicht wenige stellen nach dem für alle überraschenden Rücktritt ja auch die Frage, inwieweit der gewesene Kulturstadtrat und Vizebürgermeister in den Vorstoß zur Umwidmung von Sanatoriumsgründen in normales Bauland beteiligt war, und ob der Rücktritt damit zusammenhängt.

Glück für den weiteren Lebensweg

Bleiben wird vom früheren Vizebürgermeister, dass er eine „Marketing-Abteilung“ eingerichtet hat. Machte mangelnder Inhalt auch in der Gemeindepolitik „Marketing“ notwendig? Ein Highlight war eine eigene Story darüber, dass ein Hydrant gestrichen wurde. Für die Purkersdorfer Gemeindepolitik dürfte sich der überraschende Rücktritt Kirnbergers als Vizebürgermeister und Kulturstadtrat eher positiv auswirken. Er war bei vielen positiven Projekten ein Wortführer der NJET- und Stillstands-Fraktion. Er war auch maßgeblich dabei, dass trotz anderer Versprechen vor der Wahl bei der ganzen Raumordnung nach der Bausperre nicht viel geändert wurde.

Und ich erlaube es mir zu erwähnen: er war auch mir gegenüber immer wieder in einer Form diffamierend, dass ich klagen hätte können; jedenfalls habe ich das noch nicht oft in meinem Leben erlebt.

Ich wünsche ihm trotzdem oder gerade deswegen mehr Glück auf dem weiteren Lebensweg.

J. Baum

„Strategisch notwendiger Unsinn“

STRATEGISCH NOTWENDIGER UNSINN, („SNU“) ist ein neuer Begriff, wenngleich die Sache nicht neu ist. Es geht um gezielte Ablenkung von Wichtigem oder Unangenehmem. Gerald Fleischmann, der frühere Message Control-Chef für Sebastian Kurz, erklärt im offenerzigen Profil-Interview zu seinem neuen Buch: Es ist, wie wenn man im Hühnerstall Happen wirft, um davon abzulenken, dass man ein Hendl fangen will.

Er beschreibt ähnlich von ihm professionell angewandte Methoden, z.B. die „Nicht-Entschuldigung-Entschuldigung“. Kurz sieht

er auch heute noch als „Nibelungenheld Siegfried, dem das Lindenblatt in Form des Telefons, aus dem die Chats stammen, auf die Schulter fiel“. Er sagt, er habe als Medienchef für Kurz vor der Übernahme der VP durch Kurz „nicht mitbekommen, dass Kurz an der Übernahme der ÖVP arbeitete“. Jetzt pusht er wieder offiziell für die VP – trotz Untersuchungen der Staatsanwaltschaft gegen ihn – Nehammer. Frohes Schaffen!

Könnte es sein, dass „strategisch notwendiger Unsinn“ auch in Purkersdorf bisweilen angewandt wird?



Kassenkinderärztin: Vor Aus der Zweiklassenmedizin für Kinder in Purkersdorf

Seit 2017 besteht in Purkersdorf und der gesamten Region dringender Handlungsbedarf bei der gesundheitlichen Versorgung für Kinder **auf Kas-senbasis**. Seit 6 Jahren ist die Kas-sen-Kinderarzt-Stelle in Purkersdorf unbesetzt. Viele Kinder haben lange Wartezeiten auf einen Behandlungstermin oder werden abgewiesen, weil auch die Wahlarzt-Kinderärzte an den Grenzen ihrer Kapazität angekommen sind.

Was bisher geschah:

- Eine **Bürgerinitiative** wurde ausgehend von der Liste Baum im Mai 2021 gegründet und von Ärzten und Eltern unterstützt; 700 Menschen leisteten dafür eine Unterschrift. Daraufhin hat auch der **Ge-meinderat** von Purkersdorf das Anliegen befürwortet
- Wir konnten schon im Juni 2022 ein **konkretes Modell** auf den Tisch legen: Das Primärversorgungszentrum (PVZ) St. Pölten ist bereit, eine Außenstelle für einen Kinder-Kassenarzt in Purkersdorf zu errichten.
- Im September 2022 gelang es der Bürgerinitiative über Vermittlung von Dr. Marlies **Haslinger**, dass namentlich **drei Ärztinnen** zusagten,

bereit zu sein, in diesem Rahmen zu arbeiten.

- Gleichzeitig konnte auf Vorschlag von S. Passeth auch eine **Lokalität** in der Herrengasse 6 gefunden werden.
- Von Seiten der Gemeinde ist auch eine **Startfinanzierung** vorgesehen.
- Leider konnte die **Ärzt-kammer** schon im Juli 2022 dem konkreten Modell nicht näher treten, weil **Vor-behalte gegen die Außenstelle eines Primärversorgungszentrums** bestehen. Es wurden von dieser Seite dann andere Vorschläge gemacht, die aber zunächst unkonkret blieben.

Nun schon 3 Möglichkeiten – aber wir müssen noch warten

- Am 8. Dezember 22 wurde von Ärztekammer und ÖGK ein konkreter Vorschlag mit der Zweitor-dination eines Kassenarztes in Purkersdorf gemacht.
- Pressekonferenz der „Initiative für eine Kassenkinderärztin in Purkersdorf“ in Kooperation mit der Stadtgemeinde Purkersdorf am 3. 2. 23. Der von der Ärztekammer favorisierte Arzt tritt wieder in Erscheinung – auch ein Erfolg der Pressekonferenz.

- **Am 16.2. empfängt Gesundheits-minister Rauch unsere Bürgerini-tiative** zur Übergabe der Unterschriften und sagt Unterstützung zu.



- **Inzwischen gibt es schon drei Möglichkeiten zur Besetzung.** Da die Ärztekammer bei der Besetzung eines Kassenpostens ein Vetorecht hat, und auf ihrem Vorschlag besteht, müssen wir auf die Entscheidung dieses Arztes warten, die er selbst derzeit mit 50 zu 50 angibt. Wenn sich dieser für Purkersdorf entscheidet, gibt es eine Lösung. Wenn er sich nicht positiv entscheidet, kommt Variante 2 oder 3 zum Zug.

Die Probleme sind bekannt. Inzwischen gibt es auch klare Aussagen von LH Doskozil, ÖGK-Chef Huss und Minister Rauch, wonach das Vetorecht der Ärztekammer in manchen Bereichen des Gesundheitssystem nicht mehr angemessen ist. Wir können in Purkersdorf aber nicht noch Jahre auf Gesetzesänderungen warten. Wir brauchen eine schnelle Lösung, und die liegt auf dem Tisch:

Pressekonferenz 3.2.23

Stellungnahmen:

Kinderärztin Dr. Waltraud Sattler-Ertl ist selbst Wahlärztin in Hadersdorf. Sie würde sich bereit erklären, in einer Purkersdorfer Kassen-Ordination ihre Zeit und Expertise bereitzustellen. „Mittlerweile muss sogar ich als Wahlärztin zahlungswillige Patienten abweisen, weil auch meine Kapazitäten ausgeschöpft sind. Das ist kein akzeptabler Zustand. Ich wäre bereit, neben meiner Wahlarztordination eine gewisse

Stundenanzahl in einem kassenärztlichen Setting auszuhalten.“

Heidi Eisingerich-Dillenz von KiB children care fand auch **klare Worte**: „Da in Purkersdorf die Kassenstelle in den letzten fünf Jahren unbesetzt blieb, mussten Eltern mit ihren kranken Kindern in Wahlarztordinationen, überfüllte Ambulanzen und zur Allgemeinmedizin ausweichen oder gar Behandlungen

Fortsetzung auf Seite 16



Kinderärztin Waltraud Sattler-Ertl und Stadtrat Josef Baum bei der Pressekonferenz

Foto: Stadtgemeinde Purkersdorf

„Wir versorgen seit 1. Oktober 2021 gemeinsam mit vier Kinderärztinnen und Kinderärzten kassenärztlich den Zentralraum Niederösterreich. Dieses Modell gilt als Novum, weg von der Einzelleistung hin zur ganzheitlichen Versorgung. Im Sinne der Patientenversorgung wäre es sinnvoll unser bereits etabliertes Erfolgsmodell aus dem PVZ St. Pölten auch dezentral in Purkersdorf anzuwenden. Durch die optimale Trennung der ärztlichen Tätigkeit und Management sehen wir eine Möglichkeit entgegenzuwirken.“

J. Baum: „Während andere offene Kassenarzt-Planstellen oft einfach personell nicht besetzt werden können, kann die Bürgerinitiative **ein konkretes Konzept zur Wiederbesetzung der Purkersdorfer**

Kassen-Kinderarztstelle samt personeller Voraussetzungen und Lokalität vorlegen. Die Lösung mit dem Primärversorgungszentrum St. Pölten **zur Besetzung** der seit fünf Jahren vakanten **Kassen-Kinderarztstelle in Purkersdorf** ist startklar. Dabei geht es um eine Region von mindestens 30.000 Menschen. Das Wesentliche dabei: Sie würde im Kontrast zu anderen Lösungen auch ermöglichen, dass Kinder nicht im 3-Minuten Takt abgefertigt werden, sondern ausreichend Zeit bekommen. **Das Einzige, was derzeit für diese Lösung noch fehlt, ist die Zustimmung der Ärztekammer.** Wir ersuchen darum, im Sinne des ärztlichen Versorgungsbemühens im Interesse der Kinder und Eltern schnellstens eine Lösung zu finden, da die Zusagen von PVZ, Ärztinnen und Lokaleigentümer verständlicherweise zeitlich nicht unbegrenzt sind.“

aufschieben. Nun liegt eine vernünftige und lang verhandelte Lösung am Tisch, die plötzlich wieder torpediert wird. Wieso müssen wir in NÖ bei Ordinationen um Termine für unsere Kinder betteln“

Dr. Rafael Pichler, der medizinische Leiter des Primärversorgungszentrum St. Pölten hält folgendes fest:

Zahlreiche Medienberichte über die Pressekonferenz zum startklaren Kinderarztkonzept:



Ärzte, Bürger, Politiker kämpfen für eine Kassen-Kinderarztstelle in Purkersdorf. Stadtrat Josef Baum (3. v. re.) und Stadtchef Stefan Steinbichler (M.) sind mit dabei.

Hoffnung für viele Eltern: Seit 2016 gab es im Raum Purkersdorf mit einem Einzugsgebiet von mehr als 30.000 Menschen keine Kassen-Kinderärztin mehr. Mehrmals hat die Ärztekammer die offene Stelle ausgeschrieben – bisher ohne Erfolg.

Allerdings hat die Stadtgemeinde gemeinsam mit einer Bürgerinitiative nicht lockergelassen. Und während Planstellen in anderen Regionen, wie berichtet, oft personell nicht besetzt werden können, haben die beiden Partner ein tragfähiges

Neue Rezepte für einen Kinderarzt

Politiker und Bürger suchten Lösung für unbesetzte Kassenstelle in Purkersdorf

Konzept für die Wiederbesetzung der Purkersdorfer Stelle vorgelegt: Das Primärversorgungszentrum St. Pölten will mit drei Ärztinnen eine Außenstelle eröffnen. „Geeignete Räume stehen bereit“, heißt es. Die

Ärztekammer setzt eher auf eine Zweitordinations-Lösung mit einem Facharzt. Stadtrat Josef Baum: „Es darf da keine Zeit mehr vergehen. Wir brauchen eine rasche Lösung.“ Lukas Lusetzky



Kurier

Kronen Zeitung

Wir waren beim Minister!



Übergabe der 700 Unterschriften bei Minister Rauch: von der Initiative dabei waren: Ärztin Monika Popp, Sozialarbeiterin Inge Schwarzl, Josef Baum, Heidi Eisingerich-Dillenz, Landeskoordinatorin Verein KiB children care. Foto: Stadtgemeinde Purkersdorf

Diskussion der Initiative bei Minister RAUCH wegen KASSENKINDERARZT in Purkersdorf. Wir haben auch Gemeindevertreter eingeladen mitzukommen: Wir haben uns ein halbes Jahr darum bemüht, und es war viel erfolgreicher als zu erwarten war. Der Minister sicherte glaubwürdig zu, er werde vor allem mit der Ärztekammer reden, die sich seit 7 Monaten nicht zum von unserer Initiative vorgelegten startklaren Vorschlag – zusammen mit dem PVZ St. Pölten – durchbringen kann. Foto: Stadtgemeinde Purkersdorf



Aussendung der Stadtgemeinde zum Ministerbesuch:

„Kassen-Kinderarzt: Bundesminister Rauch spricht Purkersdorf Unterstützung zu Purkersdorfer Delegation rund um Stadtrat Josef Baum und Bürgermeister Stefan Steinbichler deponierten Unterschriften und Wunsch nach Unterstützung.

Seit Jahren kämpft Purkersdorf um einen Kassen-Kinderarzt. Nun legte Stadtrat Josef Baum mit Unterstützung einer „Personeninitiative für eine Kassenkinderärztin im Raum Purkersdorf“ und nach einer Unterschriftenaktion ein startklares Konzept vor, das zusammen mit dem PVZ St. Pölten und drei Ärztinnen sofort umgesetzt werden könnte. Dies wird von der Gemeinde mit Bürgermeister Steinbichler

Kinderarzt wird zur „Chefsache“

Gesundheitsminister sucht Lösung für Purkersdorf nun selbst

Visite im Ministerium: Johannes Rauch (Grüne) bekam nun Besuch aus Purkersdorf. Wie berichtet, soll die seit Jahren unbesetzte Kinderarztstelle in der Wienerwaldstadt nun mithilfe des Primärversorgungszentrums St. Pölten sowie drei Ärztinnen endlich besetzt werden. Laut Bürgermeister Stefan Spielbichler wäre das Konzept sofort umsetzbar – wenn sich nur Sozialversicherung und Ärztekammer einigen würden. Diese will der Gesundheitsminister Anfang März nun an einen Tisch holen, um über die Planstelle in Purkersdorf zu beraten. „Wir sind froh, dass uns von oberster Stelle Unterstützung zugesagt wurde“, erwartet sich auch Stadtrat Josef Baum endlich Fortschritte. Th. Lauber

voll unterstützt. Und es gibt eine weitere Möglichkeit durch einen Kinderarzt.

Die Personeninitiative bekam nun einen Termin im Bundesministerium und konnte das Konzept Gesundheitsminister Johannes Rauch unterbreiten. Der zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Purkersdorfer und der Unterstützung durch die Stadtgemeinde und sagte seine Unterstützung bei der Suche nach einer Lösung zu. Er versprach sich dem Problem zu widmen und sowohl Vertreter der Sozialversicherung, als auch der Ärztekammer an einen Tisch versammeln zu wollen, um endlich eine Lösung zu finden.“

Schwarz-blau mit Kurs auf Ibiza II gestartet

Udo Kickl-Leitner nein danke!

Bei der kurzfristigen Protestkundgebung am Tag der konstituierenden Sitzung des niederösterreichischen Landtags am 23. März ging es hoch her.



Mit Toni Gruber, Altbürgermeister aus Marbach und Hunderten in St. Pölten vor dem Landhaus



Zur Erinnerung aus den Chats des Herrn Schmid:
Mikl-Leitner wörtlich:
„Rote bleiben Gsind!“



FIGL SCHAU OBA!



Ich bin in der Gemeinde Michelhausen-Rust aufgewachsen, aus der auch Leopold Figl kam, und habe die Leute weinen gesehen, als er starb. Er war nicht nur wesentlich für Staatvertrag, Neutralität und Wiederaufbau; er lehnte auch jegliche Koalition mit der FP ab. Er dreht sich im Grab um, wenn jetzt gerade der NÖ-Bauernbund, dessen Gründer Figl war, für eine schwarz-blaue Koalition sogar Mikl-Leitner zu opfern bereit war.

JB





VP-NÖ vor Waldhäuselisierung?

Mikl-Leitner laut Standard: ihre Partei sei „in wesentlichen Fragen“ viel näher an der FPÖ als bei der SPÖ. Steht die VP-NÖ vor einer Waldhäuselisierung?



Eine Purkersdorferin mit Courage

Andrea Kdolsky II
17. März um 17:33

Für mich ein schwarzer Tag! Der 17.3.2023 ist der Tag an dem die ÖVP NÖ das schafft, was Sebastian Kurz nicht geschafft hat. Nach vielen Jahren Mitgliedschaft bei der ÖVP, die bei den "bunten Vögel" unter Erhard Busek begann und ihre Krönung als Bundesministerin der ÖVP fand, ist der zunehmende Rechtsruck der Partei von mir sorgenvoll beobachtet worden und zwingt mich nun durch die Kooperation der ÖVP NÖ und der FPÖ NÖ (Waldhäusel und Landbauer) meine Mitgliedschaft zurück zu legen. Dies geschieht wohl überlegt und mit Wehmut.

989 436 110



Holocaustgedenken 28. 3. 23

GLOBAL 2000: Klimaschutz fehlt im schwarz-blauen Regierungsübereinkommen in Niederösterreich

Die Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 übt scharfe Kritik am präsentierten schwarz-blauen Regierungsprogramm: „Während die Folgen der Klimakrise in Niederösterreich immer mehr zu spüren sind und Landwirt:innen aktuell unter der Trockenheit stöhnen, fehlt im Regierungsübereinkommen Klimaschutz praktisch komplett. Statt Bekenntnis zur Klimaneutralität 2040 und einem Ende der Gasabhängigkeit plant die Landesregierung den Straßenbau voranzutreiben

www.ots.at/presseaussendung.php?-schluessel=OTS_20230323_OT0053



*Zum Zustand der Klimapolitik in NÖ:
www.global2000.at/publikationen/klimareport-niederosterreich*

Umbau Purkersdorf-Zentrum – weiteres Vorgehen – maximale Attraktivität notwendig

Der Umbau der Bahnstation Purkersdorf-Zentrum wurde auf frühestens 2028 verschoben. Die ÖBB wollte auf beiden Seiten nur einen Stiegenturm mit Aufzug. Ich habe ein Forderungsprogramm für attraktive Zugänge von allen Seiten vorgeschlagen, was vom gesamten Gemeinderat angenommen worden ist. Es beinhaltet vor allem die Beibehaltung je einer **Rampe auf jeder Seite, kürzeste Zugänge** bzw. **Stiegenaufgänge an allen 4 Eckpunkten** und eine Unterführung für Fußgänger auch im westlichen Bereich der Bahnstation.

Derzeit beinhalten die Pläne der ÖBB zusätzlich zu ihrer Minimalplanung als Reaktion auf das Papier der Stadtgemeinde einen Durchgang zwischen den Stiegenhäusern und ausgehend vom Bahnsteig oberhalb des „Rattenlochs“ einen **Weg zum Hauptplatz**, der bei der jetzigen Bühne bzw. beim Brunnen münden würde. Für den letzteren Weg müsse aber die Gemeinde selbst mit ca. 1,2 Millionen aufkommen. Ich bin jedenfalls im Sinne der schnellen Zugänge – wir wollen ja viele Leute auf die Bahn bekommen – **für die Beibehaltung der Stiege bei der A. Mayergasse**, für eine neue **Stiege an der Westseite bei der Fürstenbergasse** und eventuell auch bei der Wienerstraße, sowie auch für die **Beibehaltung der Rampen**.



*So würde die derzeitige ÖBB-Planung aussehen. Aber es ist unbedingt eine **maximale Attraktivität notwendig***

Daher werde ich in diesem Sinne demnächst ein Gutachten eines bekannten Verkehrsplaners vorlegen. Denn der bevorstehende Umbau wird Purkersdorf auf Jahrzehnte prägen und beim notwendigen Umsteigen auf die Bahn zählt jeder Meter, damit eine maximale Attraktivität erreicht werden kann. – Wenn notwendig überlege ich dazu auch eine Unterschriftensammlung einzuleiten.

J. B.

Verkehrssicherheitsmaßnahmen für Kinder im Schulbezirk

Die Stadtgemeinde Purkersdorf hat nach jahrelangen Diskussionen bei Schneider Consult eine Evaluierung von Vorschlägen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Schulbezirk beschlossen. Die Ergebnisse hierfür liegen vor und wurden nun vorgestellt, und es sollte vor weiteren Beschlussfassungen die Meinung von Eltern, LehrerInnen und sonstigen Interessierten eingeholt werden.

Zusammenfassung der Bewertung von Vorschlägen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Schulbezirk durch das Büro Schneider:

„Nach Prüfung der von der Stadtgemeinde Purkersdorf angeführten Maßnahmenvorschläge zeigen vor allem folgende Maßnahmen den größten Nutzen in Hinsicht auf Steigerung der Verkehrssicherheit. Diese Maßnahmen sind mit Ausnahme der Verbreiterung des Gehsteiges mit geringen Kosten verbunden.“

- Verbreiterung des Gehsteiges in der **Pummorgasse**

- Temporäres Fahrverbot/Schulstraße zu Schulbeginn in der **Schöffelgasse und Pummorgasse**
- Radfahren gegen die Einbahn in der Pummorgasse ab Alois Mayer-Gasse
- Einbahnregelung (ausgenommen Radfahrer und Anrainer) Pummorgasse im Bereich Karl Kurz-Gasse bis Alois Mayer-Gasse
- Einfahrtverbot für die Pummorgasse bei Karl Kurz-Gasse
- Errichtung eines mobilen Stehers/Poller an der Kreuzung Pummorgasse/Alois Mayer-Gasse

Die Maßnahmen

- **Begegnungszone für das Schulquartier**
- **Begegnungszone Kaiser Josef-Straße**

tragen dazu bei, die aktive Mobilität (zu Fuß gehen und Radfahren) im Gebiet attraktiver zu machen und führen auch



Am 27.3 wurden mit Eltern und LehrerInnen Verkehrssicherheitsmaßnahmen im Schulbezirk diskutiert

zu einer Steigerung der Verkehrssicherheit, sind aber aufgrund der zu erwartenden Gestaltungsmaßnahmen mit entsprechenden Kosten verbunden.“

AK fordert Mietpreisdeckel auf alle indexgebundenen Mieten

Die **Mieter:innen werden abgezockt, auf der anderen Seite machen die Immobilienfirmen seit Jahren Sondergewinne, ihre Mietzinsreserven sind hoch und auch die Eigenkapitalrentabilität wächst kontinuierlich.** „Und jetzt finanzieren die Steuerzahler:innen die Sondergewinne der Immobranche weiter. Es gibt eine Umverteilung von unten nach oben. So kann es nicht weitergehen“, betont Anderl.

Die Einnahmen der Vermieter haben sich in den vergangenen 15 Jahren verdoppelt.

„Vorrangiger Auftrag der Regierung ist es, die Inflation zu bekämpfen. Stattdessen wird die Inflationsspirale weiter befeuert und obendrauf finanzieren die

Steuerzahler:innen die ohnehin schon fetten Sondergewinne der Immobilienbranche weiter“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl. „Her mit einem Mietpreisdeckel auf alle indexgebundenen Mieten“

Mit April droht als erstes rund 375.000 österreichischen Mieter:innen-Haushalten die Erhöhung der Richtwertmieten um 8,6 Prozent – eine Belastung von rund 160 Millionen Euro. Schon im Vorjahr schlug die

Preiskeule aller indexgebundenen Mieten mit rund 400 Millionen Euro auf die Mieter:innen zu. **„Die Wohnkostenhilfen sind nicht nachhaltig.** Immerhin sagen rund zwei Millionen Österreicher:innen, dass sie demnächst Zahlungsschwierigkeiten bei den Wohnkosten befürchten“, sagt Anderl.

Die AK will einen Mietdeckel auf alle indexbasierten Mieten wie Kategorie-, Richtwert- und freie Mieten – **höchstens eine Mieterhöhung im Jahr, sie darf maximal zwei Prozent betragen. Mehrere Länder in Europa haben schon wirksame Mietpreisbremsen umgesetzt, um die Mieter:innen zu entlasten, etwa Spanien, Portugal, Frankreich, Dänemark und die Schweiz.**

aus der Aussendung der AK

**MIETEN STEIGEN
NICHT
MIETEN WERDEN
ERHÖHT**

Neue Radwegplanungen

Nicht wenige Maßnahmen des von mir vor fast 3 Jahren vorgelegte Radwege-Maßnahmen-Programmes <https://baummitlinks.at/2022/10/06/radwege-massnahmenprogramm-purkersdorf/> mit Dutzenden konkreten Vorschlägen für Purkersdorf sind umgesetzt; weitere sind in Umsetzung.

Im Folgenden ein Überblick über vorliegende Radwegplanungen des Landes und der Gemeinde:

- Von Seiten des Landes liegt **eine grobe Routenplanung für einen Rad-schnellweg durch ganz Purkersdorf** von West nach Ost vor.

- Für die **Wienerstraße** liegt seit Mitte 2022 eine Planung im Sinne der Machbarkeit und einer groben Kostenschätzung vor, allerdings wurde sie der Gemeinde noch nicht übergeben. Stand ist, dass der Bürgermeister meint, das Land sei am Zug; und das Land meint, die Gemeinde sei am Zug. Es geht dabei vor allem um die gleichzeitig zu sanierenden Einbauten von Wasser, Kanal, Kabel usw. Diese sind teilweise desolat, und wären bei Umbauten der Straße sinnvollerweise eben zu sanieren. Derzeit besteht ein Stillstand deswegen, weil der Bürgermeister meint, das Land müsse Kostenschätzungen machen, das Land sieht es umgekehrt – Ich versuche jedenfalls die Blockade zu lösen. Die größere Frage wird sein, wenn die Blockade bezüglich Zuständigkeit der Kostenschätzungen



gelöst sein wird, ob sich das Land an den Einbautensanierungen beteiligen kann bzw. wird.

Die damit verbundenen Änderungen in der Wiener Straße sind wesentlich und laufen auf großzügige Zufahrts- und Abbiegespuren sowie auf 2 Auto-Fahrbahnen zwischen Bahnhofstraße und Stadtgrenze Wien hinaus – wie auch schon lange in der Verlängerung der B1, in der Hauptstraße in Wien praktiziert, ohne dass es zu wesentlichen Problemen kommt.

Fakt ist, dass

- großes Interesse von Seiten des Landes NÖ an diesem Radweg besteht, und
- auch großes Interesse von Seiten von Wien signalisiert wird, und
- dass durch Verbindung von Landes- und Bundesmitteln hohe Förderquoten um die 80 % absehbar sind (In Pressbaum war die Quote bei einem Schnellradwegprojekt noch höher!).

Wenn mit hohen Kosten argumentiert wird, so ist auch zu sehen: bei einer Förderquote von 80 % würde die Gemeinde bei Kosten von 5 Mio € bei einer Nichtrealisierung eben 4 Mio € an Zuschüssen liegen lassen. Daher wäre es durchaus auch sinnvoll, einen Kredit dafür aufzunehmen, um so hohe Förderungen zu realisieren.

- Für die **Bahnhofstraße und Fürstberggasse** liegen Planungen vor, die als Grundlage für die Erklärung



zu Fahrradstraßen dienen, die derzeit finalisiert werden. Insgesamt ist der Handlungsbedarf hier gering. Die Verkehrsverhandlungen dazu werden derzeit ausgeschrieben.

- Der Rad- und Gehweg **Wiener Straße 2 – zwischen den zwei Bahnunterführungen** – wurde hergestellt. Es wird zu beobachten sein, ob die Maßnahmen jeweils bei der Ausfahrt bzw. nahe den Bahnunterführungen für die Sicherheit ausreichend sind. Beim „Rattenloch“ wird derzeit von der Bauabteilung eine Stopptafel geprüft, und es sollen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit bei den Abfahrten durchgeführt werden.

- Ebenso liegt eine **Vorplanung für eine Schnell-Radwegplanung ab Fürstberggasse Richtung Westen bis zur Stadtgrenze** vor. Diese Planungen sind anspruchsvoll und herausfordernd. Dabei handelt es sich auch nicht um endgültige Planungen, es gibt hier noch keine Kostenschätzungen.

- In der Landesplanung für Radnetze ist für die **Wintergasse** als Maßnahme die **Prüfung als Radstraße** vorgesehen. Eine Radstraße würde de facto einen Vorrang für den Radverkehr und ein 30 km/h-Limit bedeuten. Der Stadtrat beschloss daher, dass an das Land NÖ bzw. über die zuständige Mobilitätsberatung die Prüfung der Wintergasse als Fahrradstraße herangetragen werden soll. Weiters wurde bei der BH ein Schutzweg in der Wintergasse im Bereich des neuen Bahnübergangs Unter-Purkersdorf beantragt.

- Nach 2 ½ Jahren Warten auf das BH-Gutachten bezüglich Rad-Gehweg **Linzerstraße** (von der Süßfeldstraße links bis zu Billa und dann rechts bis zum Ortsende) ist dieses eingetroffen und ist positiv. Nun ist noch eine Adaptierung beim Übergang bei Billa notwendig, und dann können die



Verkehrszeichen aufgestellt werden.

● Im Gemeinderat wurde der Bürgerinitiativantrag bezüglich „**Deutschwald-Baunzen** soll zu Fuß und per Rad SICHER erreichbar sein“ eingebracht. Ein Zwischenstand zur Grobpla-



nung für mögliche Rad- und Gehwege in der Deutschwaldstraße wurde am 23.2.2023 vorgestellt

● Nach 20 Jahre zurückliegenden Bemühungen ist es mir gelungen, das Radfahren gegen die Einbahn **in der Weiss-, Guschl und Kieslinggasse** zu legalisieren. Jetzt fehlen nur mehr Planzeichnungen und das Aufstellen der Schilder.

● Alle Planungen des Landes und der Gemeinde sowie die in Verwirklichung begriffenen Maßnahmen wurden bei einer öffentlichen Versammlung am 22.3. eingehend erörtert. *J. B.*

In bester Erinnerung an GERHARD EITEL

Gerhard Eitel ist mit 67 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben

Wir haben einen großartigen Menschen verloren.

Gerhards Ableben ist nicht nur ein schwerer Verlust für seine Familie, er fehlt in vielerlei Hinsicht. Als Historiker einerseits und auch im Beruf als Praktiker im Umgang mit wohnungslosen Menschen hat er den globalen Überblick, mit dem er vieles einordnen konnte.

Er war auch einfach als Mensch ein angenehmer Zeitgenosse, wenngleich er seine Standpunkte deutlich zum Ausdruck brachte. Er kam ohne Umschweife auf den Punkt, war aber immer wertschätzend, positiv, und ja – heiter! Und das war er bis zum Schluss, obwohl er dann durch eine Chemo wahrscheinlich schon größte Schmerzen gehabt hat.

Dass seine und Heidis Söhne Daniel und Raul hießen, war kein Zufall. Er war auch in Purkersdorf immer auf der Seite des Fortschritts. Einige Jahre war er Bildungsreferent der SPÖ-Purkersdorf, und organisierte bewussteinbildende Veranstaltungen von einer Art, wie es sie leider kaum mehr gibt. Er war auch praktisch etwa bei der Ausdehnung des Stadttaxis auf den Tagesbetrieb engagiert. – Sein klarer Kompass führte ihn weiter nach links:

Bleiben wir trotz allem im Sinne von



Gerhard aufrecht, positiv und heiter!

Gerhard schrieb vor 1 ½ Jahren als „Team-Mitglied“ der Liste Baum ein klares Statement, das aus heutiger Sicht auch als sein Vermächtnis gesehen werden, und das im Internet bleiben wird:

<https://baummitlinks.at/team-mitglied/gerhard-eitel/>

Wenn ich auch sehr trauere; ich bin stolz, dass ein Mensch, wie er es war, in unserem Team war. Und ich verstehe seine Familienangehörigen in ihrer Trauer, da sie einen großartigen Menschen verloren haben; einen Menschen, wie es nur sehr wenige gibt. Wollen wir trotz allem und trotz der vielen Wirrnisse in Österreich und sonstwo, und im Angesicht der Möglichkeit auch dunkler Perspektiven im Sinne von Gerhard aufrecht, positiv und heiter bleiben!

J. Baum

Nehammer gefährdet Autoindustrie in Österreich

Nehammer im Morgenjournal für den (plötzlich) „grünen Verbrennungsmotor“, weil sonst die „Abhängigkeit von China“ kommt; er will also wirklich das Rad hinter EU-Beschlüsse zurückdrehen: Tatsächlich setzen die Verbrennerfans mit den Phantasien der völlig energieineffizienten E-Fuels (Preis derzeit 50€/Liter) die Zukunft der Autoindustrie auch in Österreich aufs Spiel, weil dadurch der europäische Rückstand zu Tesla und China bei E-Autos noch größer wird, und das Aus vorprogrammiert ist.



Auch **Prof. Dudenhöfer, DER Autopapst** bestätigte, dass durch ein Aufweichen des Verbrenner-Ausstiegs die europäische Autoindustrie von Tesla und China bei Elektroautos noch mehr abgehängt wird.

Keine anderen Sorgen? Warum diese Veranstaltung?

Das Problem: vor allem entlang von Bächen, Wegen und Forststraßen hat sich insbesondere das **Drüsige Springkraut** und der **Japanische Knöterich** in Purkersdorf breitgemacht, vor allem dort, wo Vegetation entfernt wurde bzw. wo aufgeschüttet wurde. Das spezielle Problem ist nun, dass sie innerhalb kurzer Zeit andere Pflanzen aggressiv verdrängen und praktisch den ganzen verfügbaren Raum nutzen d. h. die **Artenvielfalt bedrohen**. Und die **Artenvielfalt ist der größte Schatz der Menschheit**.

Zweifellos haben wir zurzeit viele wichtige Probleme. Aber man sollte auch dieses Problem im Auge haben und systematisch angehen. **Denn der Aufwand für Gegenmaßnahmen wird sichtlich jedes Jahr größer, wenn nichts geschieht.**

Die Liste Baum hat im Sommer 22 auf Initiative von Frau Naderer **2 x konkrete Aktionen** organisiert: Kurz vor der Blüte, um die Ausbreitung hintanzuhalten. Über 2 km am Wienfluss und am Deutschwaldbach haben wir das Drüsige Springkraut entfernt, so weit wie möglich samt Wurzel. Man wird demnächst sehen, was der konkrete Effekt dieser Aktion war.

Tatsächlich kann weder die Liste

Baum noch die Gemeinde dieses Problem allein lösen. Es wird auch vom Bauhof aus trotz beschränkter Kapazitäten schon länger gehandelt, es wird gemäht und Pflanzen werden teilweise entsorgt. Jedenfalls sollte die Entsorgung aber nicht über den Restmüll erfolgen, und es sollte der Schwerpunkt auf die Zeit VOR dem Blühen gelegt werden. Letztlich wäre eine Wurzelentsorgung notwendig bzw. ein **systematisches und strategisches Vorgehen notwendig**, weil das Problem nur mehr mittel- und langfristig eingrenzbar scheint. Selbst bei großen Anstrengungen könnte der Bauhof dieses Problem allein wahrscheinlich nicht mehr in den Griff bekommen. Und es stellt sich auch die Frage der Zuständigkeiten und des Besitzes.

Ich hatte eine solche Veranstaltung schon vor 9 Monaten allen Gemeinderäten vorgeschlagen, bekam aber keine einzige Rückmeldung. Schließlich wurde auf Nachfrage gesagt, ich solle das selbst initiieren, was ich eben nun gemacht habe.- Die Zusammenkunft findet noch jetzt im Frühling statt, um schon heuer die Verbreitung der aggressiven gebietsfremden Pflanzen vor der Blüte einzubremsen.

Josef Baum



Drüsiges Springkraut

Aggressive neue Pflanzen – was GEMEINSAM tun in Purkersdorf?

**Info-Veranstaltung 10.5.23
17:30h Stadtsaal**

- ▶ Einleitung: Stadtrat Josef Baum
- ▶ Johanna Scheiblhofer, Biosphärenpark Wienerwald
- ▶ Gernot Waiss, Bundesforste Naturraummanagement

Es geht um „Neophyten“ („Neue Pflanzen“), die sich auch durch den Klimawandel rasant ausbreiten und die heimische Artenvielfalt bedrohen. Wenn wir jetzt Maßnahmen treffen, können wir extreme Zustände vermeiden, wie sie in anderen Gemeinden schon bestehen: Z. B. an der Gr. Tulln oder an der Schwechat. Konkret wird es darum gehen,

- ▶ etwa das **Drüsige Springkraut**, den **Japanischen Knöterich** oder den **Götterbaum** sicher zu **erkennen, sachgerechte Maßnahmen** darzustellen, die zur Eindämmung führen (und nicht eventuell sogar die Ausbreitung begünstigen),
- ▶ von **Erfahrungen anderswo** zu profitieren,
- ▶ **kurzfristige Maßnahmen (heuer vor der Blüte!) unter breiterer Beteiligung** zu initiieren,
- ▶ **Karten und Übersichten zur Entwicklung anzulegen** und
- ▶ **mittel- und langfristig eine Strategie** vorzubereiten.

Alle Interessierten, insbesondere auch Mitglieder von Vereinen sind eingeladen und willkommen!

Ersuchen um Spenden

„Message control“ und „Medienkorruption“ sind in aller Munde. Informationstätigkeit demgegenüber im Sinne von mehr Transparenz ist notwendig für Ihre Information, und um sachlichen Argumenten zum Durchbruch zu verhelfen.

Eine Zeitung kostet außer viel Zeit auch etliches an Geld, daher ersuche ich Sie um Ihre Unterstützung – vielen Dank für bisherige Spenden.

Wenn Sie zum Erhalt der „Informationen für Purkersdorf“ beitragen wollen, bitte ich Sie um Spenden, für deren korrekte Verwendung ich persönlich garantiere

J. B.

**Konto Bank Austria: Josef Baum - Informationen
IBAN: AT69 1200 0100 3028 5968**